



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/210 - 16. September 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> | | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|--|----------------|
| 1 | Keine klaren Auskünfte Zur Pressekonferenz Dr. Adenauers | 31 |
| 2 - 3 | Die entscheidende Phase im Quemoy-Konflikt beginnt Es wird verhandelt und geschossen | 67 |
| 4 - 6 | Die Kriminalität des deutschen Volkes (Nach der Kriminalstatistik 1957) Von Helene W e s s e l , MdB | 96 |
| 6 - 7 | Diskretion um Korruption Zu einer Antwort des Bundesjustizministeriums | 41 |

* * * * *
* * * * *

Keine klaren Auskünfte

sp-Zur heutigen Pressekonferenz des Bundeskanzlers wird von zuständiger Seite des Vorstandes der SPD festgestellt:

Die SPD bedauert, zu dem Gespräch des Bundeskanzlers mit dem französischen Ministerpräsidenten nach wie vor keine politisch fundierte Stellungnahme abgeben zu können. Sie kann es nicht, da keine Erklärungen darüber abgegeben worden sind, auf welche konkreten Gesprächsgegenstände sich die Unterredung bezog und in welchen Punkten konkret die von Dr. Adenauer bekundete Übereinstimmung besteht.

Die SPD wünscht, daß der Bundeskanzler oder der Bundesaußenminister dem Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages die notwendigen Erläuterungen gibt.

Mit Bedauern betrachtet sie die Äußerungen des Bundeskanzlers zur Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Oststaaten und hofft, daß hierbei noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Natürlich muß dabei die Wirkung eines solchen deutschen Schrittes auf Moskau in Betracht gezogen werden. Es wäre jedoch eine Überschätzung, wollte man annehmen, das Verhältnis Moskaus zu den Ostblockstaaten könnte dadurch grundlegend gewandelt werden angesichts der Tatsache, daß die weitaus größte Zahl der westlichen Mächte bereits jetzt schon Beziehungen zu diesen Staaten unterhält. Die Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik zu diesen Staaten ist nach wie vor von großer Wichtigkeit.

Der Hinweis des Bundeskanzlers auf die britischen Gewerkschaften in der Frage der atomaren Ausrüstung geht an der Dingen vorbei, da es sich bei Großbritannien um ein Land handelt, das bereits Atomwaffen besitzt und produziert. Die weitere Ausdehnung der atomaren Ausrüstung auf andere Länder hingegen wäre eine Erschwerung der gegenwärtigen Bemühungen, zur kontrollierten Abrüstung zu kommen.

Die entscheidende Phase im Quemoy-Konflikt beginnt

Washington, Mitte September

Alle Welt atmete auf, als die Regierungen von Washington und Peking in fast gleichlautenden Erklärungen zum Ausdruck brachten, dass sie die Wiederaufnahme zweiseitiger diplomatischer Verhandlungen - "auf der Botschafter-Ebene" - begrüßen würden, ähnlich den informellen Genfer Kontakten, die eine Zeitlang über das Schicksal der in Rot-China festgehaltenen amerikanischen Bürger geführt wurden, und zu dem Zweck, die Lage in der Meerenge von Formosa, und vor allem die Lage der vor dem Festland liegenden Inseln von Quemoy und Matsu, am grünen Tisch zu erörtern oder zu "lösen". Jedermann, in Amerika wie überall auf der Welt und vermutlich auch in China selber, sah darin die grosse Hoffnung, den Quemoy-Konflikt aus der Welt zu schaffen, ohne ihn in einen Krieg, einen limitierten "kleinen" oder einen unkontrollierbar sich ausweitenden "grossen", auswachsen zu lassen.

Denn die Perspektive, vor der wir jetzt stehen, heisst, wenigstens im Augenblick, nicht mehr: "Schiessen oder Verhandeln", sondern "Verhandeln und gleichzeitig weiter schiessen": die Lage kann sich zwar stündlich ändern (und im Lauf der letzten Wochen haben sich ja die Ereignisse ständig überstürzt!), aber die Wahrscheinlichkeit spricht heute dafür, dass Artilleriebeschuss und Blockadedurchstösse weiter gehen werden, während gleichzeitig in Warschau oder Genf oder anderswo der Versuch einer "friedlichen" Lösung gesucht wird. Ob die Neutralisierung und Entwaffnung der Inseln und des ihnen unmittelbar gegenüber liegenden Festlandstreifens, wie sie den Amerikanern vorschwebt, dafür eine ausreichende Verhandlungsbasis bietet, oder ob im Laufe dieser Verhandlungen nichts anderes übrig bleiben wird, als Tschiang-Kai-schek zur totalen Räumung der Inseln zu bewegen und so Rot-China einzuladen, friedlich, ohne einen Schuss abzufeuern, von ihnen Besitz zu ergreifen, bleibt natürlich abzuwarten. Sehr viel Nachgiebigkeit dürfte Mao-Tse-Tung freilich kaum an den Tag legen.

Die amerikanischen Warnungen an Peking basierten in der Vergangenheit auf der Voraussetzung, dass erstens militärisch die Streit-

kräfte Formosas den Grossteil der Verteidigung der Inselchen selber übernehmen könnten, zweitens, dass ein daraus resultierender Krieg eng lokalisiert bleiben würde, und drittens, keine Atomwaffen zur Anwendung kommen würden. Alle drei Voraussetzungen aber müssen nicht unbedingt zutreffen; heute steht schon fest, dass Kampfmoral und Schlagkraft der nationalchinesischen Flotte zum Beispiel bei weitem nicht so gut sind, wie die Amerikaner erhofft hatten - was bereits bittere Kommentare in Amerika hervorgerufen hat.

Nicht zuletzt unter diesem Eindruck hat Washington daher seine neueste Linie entwickelt; es plant einen Kuhhandel mit Peking, in dem Amerika seinen Schutz von den Inselchen zurückzieht und Formosa den Abzug seiner Garnisonen empfiehlt - während Mao-Tse-Tung versprechen müsste, seine Artilleriefeuer einzustellen und vor allem auch künftig keine "gewaltsame" Rückgewinnung von Formosa zu versuchen. Käme ein solcher Kuhhandel zustande, so wäre Amerikas indirekte Kapitulation vor Peking verschleiert und überdies mit einer Befriedung von Formosa reichlich belohnt; aber es ist zweifelhaft, ob sich die Kommunisten darauf einlassen werden - und ob sich Tschiang-Kai-schek eine solche Behandlung, die seine Position unterminieren müsste, gefallen lassen wird.

Immerhin wird das das Thema der bevorstehenden bilateralen Verhandlungen werden: amerikanischer Rückzug gegen Pekinger Versprechen, sich gut zu benehmen. Die Alternative, die z.B. der bekannte amerikanische Publizist Walter Lippmann, ein alter Kritiker der offiziellen Fernost-Politik, sehr unverblümt ausspricht, wäre amerikanischer Rückzug ohne kommunistische Gegenleistung, also eine reine und unverhüllte Kapitulation; und damit wäre ein solches Anwachsen des rot-chinesischen Prestiges und Einflusses in ganz Asien verbunden, dass man hoffen möchte, das Ende der Kämpfe um Quemoy käme auf etwas elegantere und ausgeglichene Art. Die neue Phase des Konfliktes, die in diplomatischen Verhandlungen gipfeln wird, startet jedenfalls unter den denkbar ungünstigsten Vorzeichen: frühere diplomatische Fehler der Amerikaner und militärisch-strategische Unzulänglichkeiten Tschiang-Kai-scheks haben offensichtlich zusammengewirkt, den Silberstreifen am Horizont, den man vor beinahe zwei Wochen glimmen sah, wieder sehr nachrücklich zu verdunkeln.

Die Kriminalität des deutschen Volkes

(Nach der Kriminalstatistik 1957)

Von Helene W e s s e l , MdB.

Täglich lesen wir in den Zeitungen von Verbrechen aller Art, vom einfachen Diebstahl bis zum Mord. Insbesondere sind es die Vergehen Jugendlicher, Sittlichkeitsverbrechen, Mord an moralisch minderwertigen Frauen, die die Schlagzeilen der Zeitungen, Illustrierten und billiger Romane füllen. Der Film "Das Mädchen Rosemarie", der das Leben der in Frankfurt ermordeten Rosemarie Nitribitt schilderte, erreichte gleich nach seinem Erscheinen die höchste Besucherzahl.

Wie sieht es nun in Wirklichkeit mit der Kriminalität in der Bundesrepublik aus? Hat dieselbe in besonders hohem Maße in den letzten Jahren zugenommen, wie man aus den Zeitungsberichten annehmen könnte? Darüber gibt die Kriminalstatistik Aufschluß, die die Verbrechen und Vergehen genau registriert. Mit Ausnahme von Diebstahl und Unterschlagungen sind nach der Kriminalstatistik die Verbrechen in den letzten Jahren zurückgegangen, eine Tatsache, die der öffentlichen Meinung über die zunehmende Kriminalität in unserm Volke widerspricht.

Im einzelnen gibt die Kriminalstatistik folgendes Bild:
Für das Jahr 1957 wurden in der polizeilichen Kriminalstatistik insgesamt 1 685 698 Verbrechen und Vergehen gegen die deutschen Strafgesetze in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin und Saargebiet registriert. Gegenüber dem Jahre 1956 hat sich die Zahl der Fälle um 1,8 v.H. erhöht.

Von den bekanntgewordenen Straftaten entfielen auf:

| | <u>1957</u> | <u>1956</u> | <u>1955</u> |
|---|-------------|-------------|-------------|
| Diebstahl und Unterschlagung | 45,8 v.H. | 42,0 v.H. | 40,8 v.H. |
| Sonstige Verbrechen und Vergehen gegen die deutschen Strafgesetze | 32,4 v.H. | 35,2 v.H. | 35,7 v.H. |
| Betrug, Untreue, Urkundenfälschung | 13,2 v.H. | 14,1 v.H. | 14,6 v.H. |
| Sittlichkeitsdelikte | 3,4 v.H. | 3,3 v.H. | 3,6 v.H. |
| Gefährliche und schwere Körperverletzung | 1,7 v.H. | 1,7 v.H. | 1,7 v.H. |
| alle anderen Delikte | 3,5 v.H. | 3,5 v.H. | 3,6 v.H. |

Bei der Erfassung der Straftaten "alle anderen Delikte" ist es besonders aufschlußreich festzustellen, welche Verbrechen darunter fallen und wie hoch der Anteil derselben ist. Von den 3,5 v.H. unter dieser Rubrik erfaßten Verbrechen und Vergehen im Jahre 1957 entfielen u. a. auf:

| | |
|--|-----------|
| Hochverrat, Staatsgefährdung, Landesverrat | 0,75 v.H. |
| Fahrlässige Tötung | 0,40 v.H. |
| Abtreibung | 0,25 v.H. |
| Raub und räuberische Erpressung | 0,27 v.H. |
| Verbrechen und Vergehen im Art | 0,15 v.H. |
| Vorsätzliche Brandstiftung | 0,10 v.H. |
| Rauschgiftdelikte | 0,08 v.H. |
| Mord und Totschlag einschließlich Versuche | 0,06 v.H. |

Die Verbrechen "Mord, Totschlag einschließlich Versuche", nahmen nach der Kriminalstatistik auch für 1957 erfreulicherweise einen geringen Prozentsatz an den Gesamtverbrechen ein. Das zu beachten ist notwendig, weil die Anhänger der Todesstrafe die Wiedereinführung derselben damit begründen, daß durch Fortfall der Todesstrafe Mord und ähnliche Verbrechen in stärkerem Maße zugenommen haben, was aber nach der Kriminalstatistik nicht bewiesen wird.

Die Beurteilung der im Jahre 1957 bekannt gewordenen 1 685 698 Straftaten - soweit eine solche überhaupt möglich ist - ergibt sich folgendes Bild:

| | | | |
|-------------------------|---------|---|-----------|
| leichtere Kriminalfälle | 323 287 | = | 19,2 v.H. |
| mittlere " | 973 184 | = | 57,7 v.H. |
| schwere " | 389 227 | = | 23,1 v.H. |

Gegenüber 1956 sind die leichteren Kriminalfälle um 7,7 v.H. zurückgegangen, die mittleren Kriminalfälle 2,8 v.H. gestiegen und die schweren Kriminalfälle gleichgeblieben.

Von den Straftaten wurden begangen:

| | | | |
|------------------------------|-----------|-----------------------------|------------|
| in Großstädten | 45,5 v.H. | (Anteil der Wohnbevölkerung | 33,3 v.H.) |
| " Mittelstädten | 17,1 v.H. | " " | 15,2 v.H.) |
| " Kleinstädten | 11,4 v.H. | " " | 15,9 v.H.) |
| " Landgemeinden | 25,5 v.H. | " " | 35,6 v.H.) |
| Ort nicht genau zu bestimmen | 0,2 v.H. | | |

Die von der Polizei in den Jahren 1954 bis 1957 festgestellten Straftäter gehören folgenden Gruppen an:

| | <u>1957</u> | <u>1956</u> | <u>1955</u> | <u>1954</u> |
|--------------------|----------------------------|------------------|------------------|------------------|
| <u>Erwachsene</u> | <u>363 273 = 76,4 v.H.</u> | <u>78,8 v.H.</u> | <u>80,5 v.H.</u> | <u>82,2 v.H.</u> |
| davon | | | | |
| männliche | 738 777 = 65,4 v.H. | 67,3 v.H. | 68,6 v.H. | 69,5 v.H. |
| weibliche | 124 496 = 11,0 v.H. | 11,5 v.H. | 11,9 v.H. | 12,7 v.H. |
| <u>Jugendliche</u> | <u>120 436 = 10,7 v.H.</u> | <u>9,6 v.H.</u> | <u>8,8 v.H.</u> | <u>8,0 v.H.</u> |
| davon | | | | |
| männliche | 107 511 = 9,6 v.H. | 8,5 v.H. | 7,6 v.H. | 6,9 v.H. |
| weibliche | 12 925 = 1,1 v.H. | 1,1 v.H. | 1,2 v.H. | 1,1 v.H. |

| | | | | |
|--------------------|---------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| <u>Jugendliche</u> | <u>107 472 = 9.5 v.H.</u> | <u>8.4 v.H.</u> | <u>7.5 v.H.</u> | <u>6.9 v.H.</u> |
| davon | | | | |
| männlich | 96 820 = 8.6 v.H. | 7.5 v.H. | 6.6 v.H. | 5.9 v.H. |
| weiblich | 10 652 = 0.9 v.H. | 0.9 v.H. | 0.9 v.H. | 1.0 v.H. |
| <u>Kinder</u> | <u>39 069 = 3.4 v.H.</u> | <u>3.2 v.H.</u> | <u>3.2 v.H.</u> | <u>2.9 v.H.</u> |
| davon | | | | |
| männlich | 34 897 = 3.1 v.H. | 2.6 v.H. | 2.6 v.H. | 2.6 v.H. |
| weiblich | 4 172 = 0.3 v.H. | 0.4 v.H. | 0.4 v.H. | 0.3 v.H. |

Während der Anteil der Erwachsenen an der Gesamtzahl der Verbrechen in den Jahren 1954 bis 1957 ständig zurückgegangen ist, ist bei den Heranwachsenden und Jugendlichen eine stete Zunahme zu verzeichnen, aber ausschließlich bei den männlichen Geschlechts. Das gleiche ist bei den Kindern festzustellen.

Besonders beachtlich und für den Zeitgeist charakteristisch ist die starke Zunahme der Diebstahlskriminalität. So liegen die schweren Diebstähle im Jahre 1957 um 29 v.H., die einfachen Diebstähle um 24 v.H. höher als im Jahre 1953 und zwar ist bei beiden Strafgruppen von Jahr zu Jahr eine regelmäßige Zunahme zu verzeichnen. Vergleicht man für diese beiden Strafgruppen die Jahre 1957 und 1956, so beträgt - bei einer Gesamtzunahme von 1.8 v.H. der Straftaten 1957 - die Zunahme beim schweren Diebstahl 8 v.H., beim einfachen Diebstahl 14 v.H.. Diese Zunahme ist in besonders hohem Maße auf Kraftfahrzeug- und Fahrrad Diebstähle zurückzuführen.

+ + +

Diskretion um Korruption

U.D. Geheimnisunwehen ist die Sprache der Antwort der Bundesregierung auf die parlamentarische Anfrage der SPD, was es mit den Korruptionsfällen in den Bundesministerien auf sich habe. Die Antwort auf fünf detaillierte, zum Teil in Absätze a) und b) gegliederte Fragen hat der Staatssekretär Dr. Anders vom Bundesinnenministerium einfach zu einer zusammengezogen. Von der Mitteilung abgesehen, dass gegenwärtig kein Beamter mehr im Besitz eines Leihwagens ist, wird auf alle Fragen die Antwort mit dem Hinweis auf schwebende Verfahren verweigert.

Die Frage einer "missbräuchlichen" Überlassung von Leihwagen beschäftigt zur Zeit den Staatsanwalt, schreibt die Regierung. Diese

Formulierung ist interessant. Die SPD-Fraktion hatte zunächst einmal ganz neutral gefragt, wer einen solchen Wagen hatte oder wer ihn noch besitzt. Jetzt wird erwidert, die Staatsanwaltschaft ermittle in Sachen "missbräuchliche" Benutzung dieser Autos. Kann jemand also auch gratis mit einem Leihwagen fahren, ohne ihn damit "missbräuchlich" zu benutzen? Gibt es also auch einen erlaubten Gebrauch? Wenn ja, warum berichtet Staatssekretär Anders dann nicht wenigstens über den Teil der Angelegenheit, der die Fälle ohne Missbrauch betrifft?

Oder ist, nach Auffassung der Bundesregierung, jede kostenlose Benutzung eines Leihwagens durch einen ihrer Beamten oder Angestellten ein Missbrauch, den man nur der Unmissverständlichkeit halber noch einmal als solchen kennzeichnet?

Wenn dem so ist - in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Beamtenrechts: hoffen wir das -, dann liegt die Frage nahe, was die Bundesregierung denn eigentlich vorher getan hat, um ihren Beamteten diesen Punkt ihrer Amtspflichten nachdrücklich ans Herz zu legen? Wenn jede Annahme eines Vermögensvorteils schlechthin eine unerlaubte Handlung ist, haben dann auch die Bundesminister ihren Untergebenen ein gutes Beispiel gegeben und Kühlschränke und Teppiche zurückgewiesen, mit denen die Wirtschaft recht freigiebig ist? Oder haben die Beamten "weiter unten" den Eindruck gewinnen müssen, man brauche in diesen Dingen nicht kleinlich zu sein? Hat schließlich die Bundesregierung die jetzt dem Staatsanwalt vorliegenden Fälle zum Anlass genommen, allen Angehörigen der Bundesverwaltung durch einen Ukas in Erinnerung zu bringen, was erlaubt ist und was nicht? Vor allem aber: Wird die Regierung den Richtern ihre Arbeit schnell erledigen helfen (die sie behauptet, nicht durch Antworten im Parlament gefährden zu dürfen) und nicht, wie in Sachen Hertslet und Strack, durch die Verweigerung von Aussagegenehmigungen die Prozesse auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschleppen?

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel